

# Nicht nur finanzielle Aspekte betrachten

## CDU zu Windkraftanlagen am Pfarrkuppel

Bad Orb (re). In der Diskussion über den Bau von Windkraftanlagen hat die Bürgerinitiative Gegenwind Bad Orb Fragen zum möglichen Standort an der Gemarkungsgrenze zu Biebergemünd aufgeworfen. Es werde darin behauptet, dass die Windkraftträder am Pfarrkuppel von einigen Mitgliedern des Bad Orber Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung aus finanziellen Gründen gefordert würden. Dazu nimmt die Bad Orber CDU Stellung.

Michael Kertel, Fraktionsvorsitzender der Bad Orber CDU: „Die Aktiven der Bürgerinitiative leisten einen wichtigen, übrigens sachlichen Beitrag in der Debatte um das Für und Wider von Windkraftanlagen in und um Bad Orb. Dieses Engagement kann ich in seiner Form nur begrüßen.“ Inwieweit Windkraftanlagen dem Gesundheitsstandort Bad Orb schaden, könne er nicht abschließend beurteilen. Auf der anderen Seite steht für Kertel allerdings fest, dass die Anlagen für das Erscheinungsbild eines Gesundheits- und Fremdenverkehrsort keinesfalls positive Auswirkungen haben können.

Die Stadt Bad Orb plane grundsätzlich aufgrund rechtlicher Vorgaben sogenannte Vorrangflächen für Windkraftanlagen auf eigenem Grund und Boden. Das ermögliche der Stadt, das Verfahren von Anfang bis Ende in eigener Ent-

scheidungshoheit zu behalten.

Die CDU habe mit der FWG vereinbart, dass die Bad Orber Bürger, wenn es soweit ist, in einer Bürgerbefragung entscheiden werden, ob am Pfarrkuppel/Bieberer Höhe städtische Flächen für Windkraftanlagen verpachtet werden oder nicht. Kertel: „Die SPD ist eingeladen, sich dieser Entscheidung anzuschließen und den Prozess konstruktiv mit uns zu gestalten.“ Die Sozialdemokraten sollten hier zügig ihre Position zur Windkraft und zur Bürgerbefragung klären und erklären. Verhindern könne sie die Befragung indes nicht, stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende klar.

Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, die Diskussion zur Nutzung der Windkraft im Bad Orber Wald nicht ausschließlich unter finanziellen Gesichtspunkten der Stadt Bad Orb zu führen. „Alle finanziellen Rechnereien sind inzwischen zur Spekulation geworden. Hinzukommen neue Entwicklungen beim kommunalen Finanzausgleich sowie veränderte Rahmenbedingungen auf dem energiepolitischen Sektor, die wir gemeinsam berücksichtigen müssen. In erster Linie sollten wir uns jedoch über die Sinnhaftigkeit der Anlagen für die Energiewende unter den Aspekten des Naturschutzes in unserem Wald, des Gesundheits- und Tourismusstandortes und der Akzeptanz der Bevölkerung unterhalten“, fordert Kertel.

528  
21.01.2015